



KRIMINALSTATISTIK 2022: 14 TOTE DURCH MESSERANGRIFFE IN SCHLESWIG-HOLSTEIN

Veröffentlicht am 16.03.2023 um 10:00 Uhr

Steigende Fallzahlen, andauernd hohe Aufklärungsquote - Innenministerin Sabine Sütterlin-Waack stellt gemeinsam mit Leitendem Kriminaldirektor Rolfpeter Ott die Polizeiliche Kriminalstatistik für 2022 vor und lobt die sehr gute Ermittlungsarbeit der Landespolizei

Schleswig-Holsteins Innenministerin Sabine Sütterlin-Waack hat heute (16. März 2023) gemeinsam mit dem Leitenden Kriminaldirektor Rolfpeter Ott die Polizeiliche Kriminalstatistik für das Jahr 2022 vorgestellt.



"Im Vergleich zum Vorjahr haben wir 2022 einen deutlichen Anstieg der Kriminalität um plus 25 Prozent / Foto: Pixabay auf insgesamt 221.183 Straftaten zu verzeichnen. Das

klings auf den ersten Blick erschreckend. Dieser starke Anstieg ist allerdings in erster Linie auf ein einziges großes Betrugsverfahren zurückzuführen. In diesem Verfahren wurden 33.738 Fälle von Leistungsbetrug mit einem Gesamtschaden von über 17,7 Millionen Euro durch 12 Tatverdächtige erfasst. Hierbei nutzten die Geschädigten eine kostenpflichtige Online Dating Plattform. Während die Internetseite sie in dem Glauben ließ, Kontakt mit Menschen zu haben, die sie auch außerhalb der Plattform kennenlernen könnten, tauschten sie in Wahrheit Chatnachrichten mit Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern des Unternehmens aus", sagte die Ministerin.

Die Aufklärungsquote ist so hoch wie noch nie. Seit Beginn der Aufzeichnung im Jahr 1963 wurde keine höhere Aufklärungsquote erreicht. Auch hier schlagen allerdings die mehr als 33.000 aufgeklärten Fälle in dem großen Betrugsverfahren erheblich zu Buche. Rechnet man dieses Verfahren heraus, ergibt sich immer noch eine Aufklärungsquote von 54,1 Prozent. Das ist sehr beachtlich und spricht für die sehr gute Ermittlungsarbeit der Landespolizei.

Dazu sagte die Sütterlin-Waack: "Ich bedanke mich daher ausdrücklich bei allen Polizistinnen und Polizisten, aber auch allen Verwaltungsbeamtinnen und Verwaltungsbeamten sowie allen Tarifbeschäftigten, die zur Aufklärung dieser Straftaten beigetragen haben, akribisch ermittelt haben und geschickte Vernehmungen durchgeführt haben. Sie sind es, die für unsere objektive Sicherheit, aber auch für die Steigerung unseres Sicherheitsgefühls sorgen. Dabei gehen sie unermüdlich, sehr engagiert und äußerst professionell vor und riskieren leider häufig selbst ihre Gesundheit. Sie verdienen unseren Respekt und unsere Unterstützung."

Mit Blick auf den Bereich der Sexualdelikte wies die Ministerin auf die Darstellung von Kindesmissbrauch im Internet hin. Die Fallzahlen für Verbreitung, Erwerb, Besitz und Herstellung von Darstellungen des sexuellen Missbrauchs von Kindern im Internet sind laut Polizeilicher Kriminalstatistik leicht gesunken (minus 80 Fälle/ minus 7,7 Prozent) auf 955 Fälle insgesamt. Diese Zahlen täuschen auf den ersten Blick. In der Polizeilichen Kriminalstatistik werden die Zahlen von abgeschlossenen Ermittlungsvorgängen bei der Polizei erfasst. Die Vorgänge werden also erst gezählt, wenn die Vorgänge von der Polizei an

die Staatsanwaltschaft abgegeben werden.

"Im Bereich des sexuellen Missbrauchs und der anschließenden Verbreitung dieser schrecklichen Taten im Internet geht es in allererster Linie darum, laufende Missbrauchstaten zu verhindern. Das hat oberste Priorität! Aufgrund der in diesem Bereich äußerst knappen Personalressourcen, mussten zunächst alle Kräfte gebündelt werden, um laufende Missbrauchstaten zu unterbinden", sagte die Ministerin.

Die hohe Anzahl an Vorgängen, die insbesondere im zweiten Halbjahr 2022 in diesem Deliktsfeld eingegangen sind, konnte noch nicht abschließend ermittelt und erfasst werden. Das führt dazu, dass sich die umfangreiche kriminalistische Auswertung und Bearbeitung zeitlich streckt und manchmal auch zugunsten der Gefahrenabwehr zurückgestellt werden muss. Nun gilt es im Folgenden tiefer in die Ermittlungen einzusteigen und die Ermittlungsvorgänge abzuschließen.

Dazu Sabine Sütterlin-Waack: "Zukünftig kann daher mit einem erneuten Anstieg der PKS Zahlen im Bereich Verbreitung, Erwerb, Besitz und Herstellung von Kinderpornographie gerechnet werden. Im Kampf gegen Darstellungen sexuellen Missbrauchs im Internet stärken wir unsere Landespolizei personell mit 30 zusätzlichen Stellen. Darüber hinaus wollen wir unsere Beschäftigten bei der Auswertung der beschlagnahmten Datenträger durch einen flächendeckenden Einsatz von Bilderkennungssoftware entlasten."

Anlässlich der schrecklichen Messerattacke in Brokstedt vom 25. Januar dieses Jahres, ging die Ministerin auch genauer auf Messerangriffe ein. Seit 2020 werden Messerangriffe bundeseinheitlich als "Phänomen Messerangriff" in der PKS abgebildet. Im letzten Jahr wurden in Schleswig-Holstein 909 Messerangriffe - und damit 100 Fälle mehr als im Vorjahr - erfasst. Von den insgesamt 1.148 Opfern wurden 14 getötet und 62 schwer verletzt. 239 Opfer wurden leicht verletzt. Zu den 909 Fällen wurden 811 Tatverdächtige erfasst, davon 63,0 Prozent mit deutscher Staatsangehörigkeit, entsprechend 37 Prozent mit nichtdeutscher Staatsangehörigkeit.

"Wurden zu einer Straftat, die als Messerangriff eingestuft wurde, mehrere Tatverdächtige erfasst - das können Menschen mit deutscher Staatsangehörigkeit oder auch Menschen mit nichtdeutscher Staatsangehörigkeit sein - kann keine Aussage darüber getroffen werden, welcher dieser Tatverdächtigen ein Messer eingesetzt hat. Aber genau da wollen wir hin und setzen uns aktuell im Rahmen der Innenministerkonferenz dafür ein, dass Bewegung in dieses Thema kommt und wir bald neue Erfassungsmodalitäten für dieses Deliktsfeld haben. Wir wollen zukünftig wissen, wer genau bei einem Messerangriff auch tatsächlich ein Messer dabei hatte", sagte die Ministerin.

Der für die Bereiche Ermittlungen und Auswertung zuständige Abteilungsleiter des Landeskriminalamtes, Rolfpeter Ott, erklärte mit Blick auf die gestiegenen Fallzahlen in den Deliktsbereichen Raub (plus 24 Prozent) und Körperverletzung (plus 14,5 Prozent): "Auch bei den Rohheitsdelikten ist ein Anstieg von 16,2 Prozent zu verzeichnen. Diesen führen wir vor allem auf das Ende der Corona-Beschränkungen zurück. Viele dieser Straftaten geschehen in der Öffentlichkeit und beeinträchtigen somit die subjektive Sicherheit der Bürgerinnen und Bürger."

Allerdings: Bei differenzierter Betrachtung falle auf, dass es im Vergleich zu den Fallzahlen des Jahres 2019 – also der Zeit vor den Corona-Beschränkungen – im Jahr 2022 sogar weniger Raubtaten (minus 1,7 Prozent) und weniger Körperverletzungen (minus 2,7 Prozent) gegeben habe.

Ähnlich sieht es im Bereich Diebstahl und Wohnungseinbruchdiebstahl (WED) aus. So gibt es zwar auch im Bereich WED erstmals seit 2015 wieder eine Zunahme der Fälle um 19 Prozent im Vergleich zum Vorjahr – aber eine Abnahme um 40 Prozent im Vergleich zum Jahr 2019. "Auch diese Zu- und Abnahmen lassen sich unter anderem mit den Corona-Beschränkungen, beziehungsweise deren Ende erklären", sagte Ott. Der Leitende Kriminaldirektor betonte, dass die Polizei das erfolgreiche Landeskonzept zur WED-Bekämpfung auch in Zukunft fortführen werde. Als dritten Bereich stellte Ott die Betäubungsmittelkriminalität heraus, denn in diesem Bereich sind die Fallzahlen im Jahr 2022 erstmals seit 2012 wieder gesunken, und zwar um 6,5 Prozent.

Die Polizeiliche Kriminalstatistik für das Jahr 2022 finden Sie unter folgendem Link: <https://www.schleswig-holstein.de/DE/landesregierung/ministerien-behoerden/POLIZEI/>